

# Eröffnung des 128. Deutschen Ärztetags: Klare Positionierung gegen innere und äußere Feinde der Demokratie

# MZ24

128. Deutscher Ärztetag  
Mainz 2024  
Landesärztekammer  
Rheinland-Pfalz

Im Zeichen von Demokratie, Pluralismus und Menschenrechten ist der 128. Deutsche Ärztetag in Mainz eröffnet worden. Stehende Ovationen erhielt der rheinland-pfälzische Landesärztekammer-Präsident Dr. Günther Matheis für seine Begrüßungsrede. In dieser appellierte er, die Demokratie aktiv zu leben und zu verteidigen. Mit Blick auf die Ereignisse der vergangenen Wochen und Monate betrachte die Ärzteschaft mit Sorge, die Infragestellung von demokratischen Werten und Rechtsstaatsprinzipien. „Unsere Demokratie und unsere freiheitlich demokratische Grundordnung sind für uns Ärztinnen und Ärzte schlichtweg nicht verhandelbar“, sagte Matheis. Er rief dazu auf, für ein weltoffenes Miteinander, gegen Ausgrenzung, Fremdenhass und gegen jede Art der Diskriminierung zu protestieren.

Weiter betonte er, dass das Gesundheitssystem unter den demographischen Gegebenheiten und dem bestehenden Fachkräftemangel nicht ohne Menschen mit Migrationshintergrund existieren könne. „Die medizinische und pflegerische Versorgung würde ohne Ärztinnen und Ärzte sowie Pflegekräfte mit Migrationsgeschichte zusammenbrechen“, verdeutlichte Matheis.

## Dank an Lauterbach für Initiative zur Krankenhausreform

Neben dem Kammerpräsidenten begrüßte auch der rheinland-pfälzische Landesgesundheitsminister Clemens Hoch die Gäste in der Rheingoldhalle. Um allen Menschen weiterhin eine hochwertige medizinische und pflegerische

Versorgung bieten zu können, sei die Krankenhausstrukturreform ein wichtiger Baustein. „Die Reform wird die größte der vergangenen Jahrzehnte in diesem Bereich sein. Es ist eine große Verantwortung, die Krankenhausreform gemeinsam zwischen Bund und Ländern auf den Weg zu bringen, und ich bin dem Bundesgesundheitsminister dankbar, dass er diese seit Jahren notwendige Reform angepackt hat“, so Hoch.

Der Mainzer Oberbürgermeister Nino Haase hob in seiner Begrüßungsrede die besondere Bedeutung von Mainz als Forschungsstandort hervor. Katalin Kariko und Ugur Sahin hätten die Stadt mit der Entwicklung ihrer mRNA-Impfstoffe gegen Covid-19 aus einem Dornröschenschlaf geholt.

## Bühren, Gottschalk und Lippert mit Paracelsus-Medaille ausgezeichnet

Anlässlich der Eröffnungsveranstaltung sind Dr. Astrid Bühren, Prof. Dr. Dr. habil. René Gottschalk und Prof. Dr. sc. Med. Dr. h.c. Hans Lippert mit der Paracelsus-Medaille, der höchsten Auszeichnung der deutschen Ärzteschaft, gewürdigt worden. Astrid Bühren (71) setzte sich für die Gleichberechtigung von Ärztinnen und Ärzten im deutschen Gesundheitswesen ein. Mit Umfragen und Statistiken brachte sie die Benachteiligung von Frauen in der Medizin erst ins Bewusstsein der Öffentlichkeit, heißt es in der Laudatio. René Gottschalk (67) erneuerte das öffentliche Gesundheitswesen. Das Gesundheitsamt Frankfurt transformierte er in eine moderne, akademische Einrichtung. Er setzte sich für die Infektionsabwehr ein und für den Erhalt von Freiheitsrechten in der Corona-Pandemie. Hans Lippert (78) war als Vorsitzender der Überwachungskommission der Bundesärztekammer maßgeblich daran beteiligt, den Transplantationsskandal im Jahr 2012 aufzuarbeiten und Maßnahmen auf den Weg zu bringen, um ähnliche Vorgänge künftig zu verhindern.

## Reinhardt fordert Gesundheitsgipfel im Kanzleramt

Die Herausforderungen einer Gesellschaft des langen Lebens seien sehr komplex und könnten nicht von einem einzigen Ministerium bewältigt werden. Deshalb forderte der Bundesärztekammerpräsident Dr. Klaus Reinhardt in seiner Eröffnungsrede einen Gesundheitsgipfel im Kanzleramt. „Es ist völlig unverständlich, dass wir einen Chemie- und Autogipfel im Kanzleramt haben, aber keinen Gesundheitsgipfel“, so der BÄK-Präsident.

Foto: Michael Stadtfeld



Bundesgesundheitsminister Dr. Karl Lauterbach skizziert in seiner Rede sechs der 15 geplanten Regelungsvorhaben, darunter unter anderem die Krankenhausreform und das Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz.

Er führte aus, dass die Gesundheitsversorgung vor einer großen Ruhestandswelle stehe. Schon heute sei fast jeder vierte berufstätige Arzt 60 Jahre oder älter. Die Zahl der Praxisaufgaben aus Altersgründen steige bedrohlich und auch in den Kliniken würden in den nächsten Jahren viele Kolleginnen und Kollegen in den Ruhestand gehen.

Um genügend Nachwuchs auszubilden, müssten bestimmte Versorgungsbereiche attraktiver gestaltet werden. Die Steuerung über eine Quotierung der Weiterbildungsplätze sei hierbei der falsche Weg und stelle eine Lenkung der Weiterbildung durch den Staat dar. Dazu betonte er, dass die Weiterbildung Sache der Bundesärztekammer und der Landesärztekammern bleibe.

Zur Konzeption von Reformen empfahl Reinhardt erneut, die Ärztinnen und Ärzte frühzeitig einzubinden – sie wüssten schließlich aus erster Hand um den Zustand des Gesundheitswesens und könnten auf dieser Grundlage einen Beitrag leisten, dieses zukunftsfähig zu gestalten. In diesem Zusammenhang kritisierte Reinhardt, dass einige Reformen seit vielen Jahren verschleppt würden, so auch die



Während der Deutsche Ärztetag eröffnet wird, demonstrieren Ärzteverbände vor der Rheingoldhalle.

Foto: Michaela Kabon

Der rheinland-pfälzische Landesärztekammer Präsident Dr. Günther Matheis setzt in seiner Rede ein Statement zur Verteidigung der Demokratie.



Foto: Michael Stadtfeld



Die „Meenzer Schwellköpp“ begrüßen die Gäste der Eröffnungsveranstaltung.

Foto: Michaela Kabon

Die diesjährigen Paracelsus-Medaillien-Träger: (vlnr.) Prof. Dr. sc. Dr. hc. Hans Lippert, Dr. Astrid Bühren und Prof. Dr. Dr. habil. René Gottschalk.



Foto: Michael Stadtfeld



Einen Gesundheitsgipfel im Kanzleramt forderte Bundesärztekammerpräsident Dr. Klaus Reinhardt.

Foto: Michael Stadtfeld



Der Mainzer Oberbürgermeister Nino Haase betont die Wichtigkeit von Mainz als Forschungs- und Pharmastandort.

„Das gemeinsame Ziel muss sein, allen Menschen eine hochwertige medizinische und pflegerische Versorgung zu bieten“, sagt der rheinland-pfälzische Gesundheitsminister Clemens Hoch in seinem Grußwort.

Fotos: Michael Stadtfeld



Scharfe Worte zwischen Bundesgesundheitsminister Dr. Karl Lauterbach und Dr. Klaus Reinhardt fehlen bei der diesjährigen Eröffnungsveranstaltung.

Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ). Er forderte Minister Lauterbach auf, das Staatsversagen nun zu beenden. Vorarbeit hätten die privaten Krankenkassen bereits mit der BÄK geleistet und eine neue GOÄ entwickelt.

### Lauterbach will Vorschläge prüfen

Darauf reagierte der Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach, dass er dies prüfen wolle. Zuhören und prüfen wolle das Ministerium beispielsweise auch, ob das Personalbemessungssystem der Bundesärztekammer (ÄPS-BÄK) funktioniere und gegebenenfalls für die Krankenhausreform berücksichtigt werden könnte.

Seine Aufgabe als Gesundheitsminister sei es, Probleme klar zu benennen und Lösungen zu finden. Zu den alten Problemen gehöre, dass zu viele Patienten stationär versorgt werden. Vieles könne auch ambulant geleistet werden. Grund sei der ökonomische Druck, der dringend abgeschafft werden müsse. Ein Teil des Problems seien dabei die Fallpauschalen.

In Gespräch mit Ärztinnen und Ärzten werde er immer wieder auf den enormen bürokratischen Aufwand hingewiesen. Eine Lösung sehe er in der Digitalisierung. Doch diesbezüglich sei Deutschland immer noch ein Entwicklungsland.

### Zugeständnis: Es braucht mehr Studienplätze und eine neue Approbationsordnung

Mit Blick auf den demografischen Wandel würden in den kommenden Jahren 50.000 Ärztinnen und Ärzte fehlen, die bis dahin nicht ausgebildet würden. Deutschland scheue die Ausbildung, nehme aber bereitwillig Ärztinnen und Ärzte aus dem Ausland auf, die wiederum dort fehlen. Dies sei ethisch nicht korrekt. Es brauche mehr Studienplätze und eine neue Approbationsordnung.

Konkret ging er auf ein paar wenige ausgewählte Gesetze der insgesamt 15 aktuell zu erarbeitenden Gesetze ein, darunter unter anderem das Krankenhausreformgesetz, Pflegekompetenzgesetz und das Gesunde-Herz-Gesetz.

Michaela Kabon



links: Vollbesetzter Saal zur Eröffnungsveranstaltung.



rechts: Das Philharmonisches Staatsorchester Mainz begleitet die Eröffnungsveranstaltung musikalisch.

# Eindrücke vom 128. Deutschen Ärztetag in Mainz

Vier Tage lang haben 250 Abgeordnete der 17 Landesärztekammern zum 128. Deutschen Ärztetag in der Mainzer Rheingoldhalle getagt. Die Landesärztekammer Rheinland-Pfalz war mit elf Abgeordneten im Plenum vertreten. Ihre Eindrücke von den Sitzungstagen haben sie zusammengefasst:



Fotos: Michaela Kabon

### Dr. Edeltraud Lukas

Beim 128. Deutschen Ärztetag hat mich gleich zu Beginn des ersten Plenarstags die gemeinsam verabschiedete Mainzer Resolution beeindruckt. Besonders gut war auch die Rede unseres Präsidenten der Landesärztekammer Rheinland-Pfalz bei der Eröffnungsveranstaltung. Zudem sind wir mit der neuen Musterfortbildungsordnung jetzt auf einem guten Weg. Gefallen hat mir auch die Rede des Präsidenten der American Medical Association Dr. Jesse Ehrenfeld, der zwar die Fortschritte der Künstlichen Intelligenz bestätigt, jedoch gleichzeitig darauf verwies, dass die fortschrittlichsten Algorithmen keine Krankheit behandeln und somit die ärztliche Empathie zum Patienten nicht ersetzen können.

Negativ aufgefallen ist mir der Antrag, eine gesetzliche Änderung bezüglich der Homöopathie zu erwirken. Demnach soll sie weder als Kassenleistung zur Abrechnung kommen, noch soll der Sonderstatus in der GOÄ erhalten bleiben. Es ist immer wieder erstaunlich wie besonders die Uniklinik-Beschäftigten zu polarisieren versuchten. Umso erfreulicher war es dann aber, dass vor allem die nicht homöopathieaffinen Kollegen gegen den Antrag sprachen und die Problematik auch auf

einen aufkommenden Konflikt mit der Berufsordnung beleuchteten. Sollte der Gesetzgeber dem Antrag stattgeben, könnte das ein Berufsverbot bedeuten, weil eine Ärztin/ ein Arzt mit Ausnahme von Familie, Freunden und Notfällen nicht unentgeltlich behandeln darf. Leider ist der Antrag mit einer knappen Mehrheit beschlossen worden.

Gefehlt hat mir eine gute Reaktion des Ärztetags auf die Rede unseres rheinland-pfälzischen Gesundheitsministers. Er hat unter anderem auf die notwendige Akademisierung der medizinischen Assistenzberufe wie Pflegekräfte, Physician Assistant, Notfallsanitäter und weitere Professionen hingewiesen. Dabei hat er allerdings nicht nur von der Delegation, sondern sogar Substitution gesprochen, was er bisweilen vermieden hatte. Jetzt ist die Dose der Pandora geöffnet.



### San.-Rat Dr. Michael Fink

Mit dem 128. Deutschen Ärztetag in Mainz war ich bereits 22 Mal als Abgeordneter beim Ärztetag vertreten – zählt man die außerordentlichen Ärztetage 2003 und 2016 in Berlin dazu, waren es sogar 24 Male. Besonders

gut gefallen hat mir in diesem Jahr die Begrüßungsrede unseres Präsidenten Günther Matheis: fundiert, eloquent, einsame Spitze!

Beeindruckt hat mich auch die Rede des G-BA Vorsitzenden Prof. Josef Hecken. Darin hat er die notwendigen Umstrukturierungen des Gesundheitssystems aufgezeigt und glasklare Lösungsmöglichkeiten benannt. Als gut wahrgenommen habe ich den Auftrag an die Bundesärztekammer, ein schlüssiges Konzept zu entwickeln bezüglich der Patienten-Eigenbeteiligung, um unkoordinierte Zugänge und Inanspruchnahmen zu verhindern. Ein positives Moment in der Ansprache unseres Bundesgesundheitsministers Karl Lauterbach war sein politisches Eingeständnis, dass die Kapazität der Nachwuchsausbildung über viele Jahre zu gering sei und nun eine deutliche Erhöhung der Medizinstudienplätze notwendig ist. Generell sollte der Sachverstand der Ärzteschaft stärker in die politischen Entscheidungen einfließen. Bisher ist das viel zu wenig bis gar nicht passiert.

Gut war auch die Aussprache von Dr. Jesse Ehrenfeld (Präsident der American Medical Association): Er sprach dazu, dass unter anderem Künstliche Intelligenz zur Zeitentlastung der Ärzte beitragen soll. Doch er betonte auch, dass der persönliche Arzt-Patientenkontakt dadurch nicht zu ersetzen sei.

Gestört hat mich die angedachte Bedarfslenkung in der ärztlichen Versorgung, die nicht vereinbar mit der Freiberuflichkeit ist. Es sollte keine Quotierung von Weiterbildungsstellen



geben und auch keine Fortführung der Misstrauens-Kontroll-Kultur.

In dieser Woche habe ich ein schönes Ärztetagsambiente erlebt mit positiven Rückmeldungen der Delegierten. Das Präsidentenessen war eine gelungene Auftaktveranstaltung im neuen Kammer-Domizil, dem Eltzer Hof.



Fotos: Michaela Kabon

**San.-Rat Dr. Bernhard Lenhard**

Seit meinem ersten Ärztetag in Ulm 2008 habe ich bis auf einen unfallbedingten Ausfall in Erfurt alle Ärztetage seither besucht. Beeindruckt hat mich in diesem Jahr die Eröffnungsrede unseres Präsidenten, in der er sich mit klaren Worten gegen jegliche Diskriminierung und demokratiefeindliche Bestrebungen wendet. Standing Ovations hatte ich bisher bei der Rede eines gastgebenden Kammerpräsidenten noch nicht erlebt! Auch Klaus Reinhardt hat eine hervorragende und kämpferische Rede gehalten, in der Herr Lauterbach nichts geschenkt wurde.

Politisch eindrucksvoll ist für mich, dass der Deutsche Ärztetag dieses Mal in einem Leitantrag ein klares Bekenntnis zur primärärztlichen Versorgung mit überwältigender Mehrheit ausgesprochen hat und gleichzeitig gewürdigt hat, dass die hausarztzentrierte Versorgung in der Versorgungsrealität eine wichtige Rolle spielt. Gut fand ich, dass die Würdigung und Wertschätzung aller Berufsgruppen in Krankenhaus und Praxis, hier insbesondere für unsere Medizinischen Fachangestellten, deutlich zum Ausdruck gebracht wurde.

Die Effizienz und öffentliche Wahrnehmung der Ärztetage leidet zunehmend unter einer Antragsflut zu allen möglichen Themen. Hier wurde eine vernünftige Regelung des Vorstandes unter anderem mit Einbeziehung einer Antragsfrist durch basisdemokratische Kräfte zerschossen und fand dann keine Mehrheit. Eine Chance wurde vertan!

Als Mitglied der gastgebenden Delegation konnte ich viel Lob für die lokale Organisation, den reibungslosen Ablauf und die zentrale, kompakte Lage der Tagungslokation entgegennehmen. Dieses Lob möchte ich noch einmal öffentlich und herzlich an die Leitung unserer Hauptgeschäftsführung Herrn Kollegen Hoffart und Frau Kissel sowie unseren wunderbaren Mitarbeitern weitergeben, die all dies geleistet und gestemmt haben.



**Mariza Oliveira Galvão**

Der 128. Ärztetag in Mainz war mein fünfter Ärztetag, der vierte in Präsenz. Es ist immer wieder beeindruckend, zu sehen, wie vielfältig die deutsche Ärzteschaft ist. Leider gelingt es uns noch nicht, die Vielfalt so zu vernetzen und zu nutzen, dass wir nach außen eine größere Wirkung haben.

In der Performance ist natürlich Josef Hecken unschlagbar unter den Referenten. Er hat sehr programmiert und dezidiert Probleme angesprochen und verständlich gemacht. Leider verpufft diese Kritik an den wesentlichen Stellen und kommt nicht immer bei den Verantwortlichen zum Tragen. Als Erfolg verbuche ich, dass wir es im Vergleich zu den vorherigen Ärztetagen

geschafft haben, nur sehr wenige Anträge am letzten Plenumstag an den Vorstand überweisen zu müssen. Ich würde es begrüßen, wenn wir in Zukunft noch disziplinierter werden, um alle eingereichten Anträge, abstimmen zu können.

Mich stört beim Ärztetag eigentlich am meisten, dass wir zeitweise vergessen, warum wir eigentlich dort sind. Es geht nicht um jeden einzelnen von uns als in Individuum, sondern um das Gemeinwohl. Das heißt, dass ich jeden Beschluss, der gefasst wird, sowohl von Arzt- als auch von Patientenseite betrachten muss. Das heißt auch, dass der Ärztetag keine Bühne für einzelne Kolleginnen oder Kollegen ist. Die Redundanz der Redebeiträge ist zumindest in Teilen dafür verantwortlich, dass oft Zeit fehlt, um Wichtiges beschließen und diskutieren zu können.

Ich begrüße es sehr, dass ein Beschluss gefasst wurde, sich beim nächsten Ärztetag ausführlicher mit dem Paragraphen 218 zu befassen und bin dankbar, dass auf diesem Ärztetag bereits ein Antrag des Vorstandes zu diesem Thema beschlossen wurde.

Unser Team der Landesärztekammer hat einen großartigen Ärztetag organisiert. Egal wie viel Stress war, man hat es dem Team nie angemerkt und ich hoffe, dass die anderen Delegierten - so wie ich - sich immer herzlich willkommen gefühlt haben.



**Werner Leibig**

Wie bei den vergangenen Ärztetagen war für mich auch in diesem Jahr zum 128. Ärztetag in Mainz die Eröffnungs-

veranstaltung beeindruckend. Besonders gefiel mir die sehr gute Rede unseres Bundesärztekammerpräsidenten Dr. Klaus Reinhardt, in der er auch kritische Akzente setzte. Beeindruckend war auch die tolle Rede unseres Landesärztekammerpräsidenten Dr. Günther Matheis zum Zustand von Demokratie und Freiheit in Deutschland. Dafür hat er sogar Standing Ovations bekommen.

Die Abendveranstaltungen wie der Präsidentenabend und der Gesellschaftsabend waren alle gut, haben Spaß gemacht und entschädigten für die relativ tristen Marathonsitzungen, die mit einer kurzen Mittagspause täglich von 9 bis 18 Uhr dauerten. Dank der guten Vorbereitung durch unsere Geschäftsführung und die Kammermitarbeiter habe ich den gesamten Ärztetag als Mitgastgeber nicht als stressig empfunden.

Mainz war der Ärztetag der kurzen Wege. Dies ist sicher nicht nur mir positiv aufgefallen.



**Christian Wantzen**

Zum zweiten Mal war ich als Abgeordneter im Ärztetags-Plenum vertreten. Besonders beeindruckt hat mich das Engagement der einzelnen Abgeordneten, das Herzblut und die Ernsthaftigkeit mit denen zum Teil die Anträge vorgebracht und gegen Kritik verteidigt wurden. Allerdings hatte das Präsidium und der Vorsitzende ihre Mühe, die vielen Themen und Wortbeiträge zu kanalisieren und trotzdem wurde respektvoll, auch mit manchmal (sehr selten) übergriffigen Abgeordneten (Stichwort: Mikrofon kapern) umgegangen.

# 128. Deutschen Ärztetag in Mainz

Eindrücke vom

Gestört hat mich, dass manche Abgeordnete ignorierten, dass es zur guten und langjährig geübten Praxis (good medical practice) gehört, keine Zahlen und Berechnungen sogar wie in den vorliegenden Fall (Illc 18) zum Teil Schätzungen oder Überschlagsrechnungen oder auch Literaturhinweise in die Anträge zu schreiben. Dies macht die Überprüfung durch die Abgeordneten unmöglich und verfälscht die Informationen, die den Abgeordneten zur Verfügung stehen. Solche falschen Zahlen, die wie im vorliegenden Fall vollkommen haltlos sind, tauchten sogar dann in der Presse auf. So etwas muss auf jeden Fall in Zukunft vermieden werden. Das schadet der Reputation des Deutschen Ärztetages. Es stellt eine Gefahr für die unabhängige Meinungsbildung dar.

Als gastgebende Kammer habe ich einen wunderbaren Gesellschaftsabend mit toller Band und DJ erlebt, alles war sehr gut organisiert. Auch die Organisation des Plenums und der zentrale Tagungsstandort in der Rheingoldhalle, machte es einfach in der knappen Freizeit die Stadt Mainz zu erkunden.



**Dr. Ulrich Strecker**

Bereits zum fünften Mal war ich als Abgeordneter beim Deutschen Ärztetag vertreten. Besonders beeindruckt

hat mich die Resolution „Nie wieder ist jetzt“ und das eindeutige Bekenntnis zum Einsatz für Demokratie und eine freie, plurale Gesellschaft. Die Ärzteschaft hat sich im Dritten Reich wahrlich nicht mit Ruhm bekleckert, auch nicht im Vergleich zu anderen Berufsgruppen. Sie war mitschuldig. Jetzt hat sie die Chance, es besser zu machen.

Im Plenum ist mittlerweile eine Einigkeit zu erkennen, dass eine Reform des Gesundheitswesens notwendig ist. Die Ärzteschaft sucht gemeinsam nach dem richtigen Weg und kämpft gegen die Zerstörung dringend benötigter Strukturen. Wie Reformen umgesetzt werden, ist genauso wichtig, wie die Reform selbst. Übermäßige und einseitige Belastungen von Patienten und Personal sind keine Option.

Schade ist, dass es der Ärzteschaft derzeit nicht mit ihren Anliegen gelingt, eine angemessene Medienpräsenz zu bewirken. Das wird besonders beim deutschen Ärztetag sichtbar. Der Deutsche Ärztetag hat weniger Medienwirkung erlangt als in früheren Jahren. Hier sind neue Strategien und Konzepte gefordert.

Zuletzt gilt es, ein großes Kompliment an alle auszusprechen, die an der Organisation der Veranstaltungen rund um den Ärztetag beteiligt waren. Unser neues Domizil im Eltzer Hof hat mit dem Präsidentenabend seine Feuer-  
taufe bestanden.



Fotos: Michaela Kabon



**Dr. Christel Werner**

Seit 2018 war ich auf jedem Deutschen Ärztetag als Abgeordnete vertreten. Dieses Mal hat mich die Rede von Günther Matheis zur Eröffnung beeindruckt, in der er klare Stellung zu der Basis unserer Demokratie und unseren Werten bezog.

Für mich ist der Austausch mit ärztlichen Kollegen verschiedener Berufsgruppen und aus anderen Bundesländern über gesundheitspolitische Themen sehr bereichernd. Besonders angenehm fand ich, dass Abstimmungen das erste Mal digital und ohne nennenswerte Pannen möglich waren. Die Anträge waren thematisch gebündelt und damit besser und übersichtlich zu bearbeiten. Dadurch war die Arbeitsatmosphäre ruhiger und entspannter.

Dennoch gab es am Ende der Woche wieder unbearbeitete Anträge, die zum Teil mehr Raum und Zeit verdient hätten. Teilweise redundante Anträge oder mit gleichem Wortlaut bereits aus dem Vorjahr bekannte Anträge brauchten Zeit und anderen wichtigen Themen fehlte dadurch Raum. Es können in dem vorgegebenen zeitlichen Rahmen nicht alle aktuell wichtigen Themen behandelt werden. So wurde leider die Diskussion um den Paragraphen 218 zum Schwangerschaftsabbruch verschoben, soll dann aber im nächsten Jahr auf der Tagesordnung stehen.

Als Themen habe ich das selbstbestimmte Sterben und die damit verbundenen ärztlichen Themen, der aktuelle Stand und Diskussionen vermisst.

Ich finde, dass sich Mainz hervorragend repräsentiert hat. Die Stimmung

war über die ganze Zeit gut und die Gäste haben sich sichtbar wohlgefühlt. Viel Zeit die Stadt kennenzulernen, blieb bei dem straffen Tagesprogramm nicht. Der Gesellschaftsabend war gelungen, ausgebucht, und es wurde bis spät in die Nacht getanzt. An unserem Stand konnte man den Tag mit einem Glas Wein aus Rheinland-Pfalz beenden. Unsere Mitarbeiter der Ärztekammer waren die Tage permanent im Einsatz und trotz Schlafmangel immer gut gelaunt, freundlich und hilfsbereit. Vielen Dank!



**Dr. Sonja Dörr**

Die Rede von Günther Matheis war großartig und sprach mir aus dem Herzen. Umso tragischer fand ich, dass weder diese flammende Rede für Respekt und Demokratie und gegen Fremdenfeindlichkeit noch überhaupt der Deutsche Ärztetag wenig Resonanz in der Presse gefunden hat.

Auch die Rede des Präsidenten der Bundesärztekammer hatte treffende Botschaften. Dass Herr Lauterbach die Einwände der Mediziner, die seine Suppe unter anderem auslöffeln müssen, gleichgültig ist, stand am Ende seiner Rede für mich fest. Auch Herrn Hochs Auftritt zählte sicher nicht zu den Highlights der Veranstaltung.

Die Diskussionen und Gespräche waren großartig. Auch wenn die Abgeordneten einige Themen rauf und runter diskutiert haben, konnte jeder Redner davon ausgehen, dass ihm respektvoll zugehört wurde. Nur so kann man debattieren und sich unter Berücksichtigung der durch die Redebeiträge beleuchteten Aspekte eine Meinung

bilden. Die schwierigen Themen wie zum Beispiel das Thema Abtreibung des letzten Plenums-Tages hätten zu einem früheren Zeitpunkt besprochen werden müssen! Ich wünsche mir für solch brisante Themenkomplexe einen früheren Zeitpunkt im Programm.

Jedenfalls konnten wir Rheinland-Pfälzer uns als fröhliches, gastfreundliches Volk präsentieren. Alles war super organisiert und nach ernsten und anstrengenden Diskussionen kam das Feiern nicht zu kurz. Der rheinland-pfälzische Stand war ein geselliger Treffpunkt und man kann den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kammer nur großes Lob aussprechen.



**Dr. Claus Beermann**

Seit dem letzten Ärztetag vom damaligen Bundesärztekammer-Präsident Jörg-Dieterich Hoppe 2011 in Kiel bin ich als Abgeordneter bei jedem Deutschen Ärztetag vertreten. Besonders beeindruckt hat mich in diesem Jahr die Rede unseres Präsidenten Günther Matheis bei der Eröffnungsveranstaltung. Ich erinnere mich nicht an Standing Ovations für einen gastgebenden Präsidenten.

Tatsächlich hat die Technik dieses Mal (fast) zufriedenstellend funktioniert. Positiv zu bemerken ist, dass Herr Lauterbach zugesagt hat, das ärztliche Tool zur Personalbemessung der Bundesärztekammer in die Krankenhausreform einzubinden. Ein Erfolg ist es, dass wir die Musterfortbildungsordnung so modifiziert haben, dass Fortbildungen von Ärztinnen und Ärzten, die der Berufsordnung unterliegen, nicht benachteiligt sind gegenüber

kommerziellen Veranstaltern, die keiner Berufsordnung unterliegen. Zuletzt sind durch die Disziplin im Plenum nur 30 Anträge übriggeblieben, die an den Vorstand überwiesen werden mussten.

Unangebracht sind hingegen Beschlüsse, die einfach nicht-akzeptable Ist-Zustände brandmarken, ohne ärztliche Lösungsperspektiven aufzuzeigen. Nicht in Ordnung war die Ungeduld von Präsident Klaus Reinhardt und das öffentliche Abkanzeln der eigenen Mannschaft bei den Abstimmungen, als es technisch doch noch etwas hakte. Negativ bei der Haushaltsabstimmung ist anzumerken, dass einzelne Kammern versuchten, demokratisch legitimierte Beschlüsse vorangegangener Ärtetage implizit dadurch zu konterkarieren, dass die Mittel nicht zur Verfügung gestellt werden. Für einen großen Fehler halte ich, dass die neue Geschäftsordnung gescheitert ist. Damit bleibt die damit verbundene Planlosigkeit bestehen, wie die Antragsflut mit anschließender Pauschalüberweisung an den Vorstand einzudämmen ist.

Als Teil der gastgebenden Kammer war ich stolz, den Kollegen meine Studentenstadt zeigen zu können.



**San.-Rat Dr. Detlef Stiemert**

Dieses Jahr konnte ich nun zum neunten Male an einem Deutschen Ärztetag als Abgeordneter teilnehmen und meinen Beitrag zur Aufgabengestaltung der Ärzteschaft einbringen. Die Aufgaben in unserer Selbstverwaltung in den Bezirksärztekammern und der Landesärztekammer sind vielfältig, liegen aber noch in unseren Händen. Dieses wird nicht automatisch wei-

terhin so bleiben. Die demografische Entwicklung führt zu einer fortschreitenden Ausdünnung der aktiven Kolleginnen und Kollegen in den Gremien. Zu Ende gedacht führt dies schließlich zur Funktionsunfähigkeit der Kammern und zur Aufgabenübernahme durch den Staat. Ich appelliere an dieser Stelle an die jüngeren Kolleginnen und Kollegen sich zu engagieren und dieser Entwicklung entgegenzuwirken.

Nun noch ein paar Worte direkt zum 128. Deutschen Ärztetag: Es war eine sehr gelungene Veranstaltung. Die Einführungsrede unseres Präsidenten Dr. Günther Matheis war unmissverständlich und hat klare Worte gegen die rechtsextreme Entwicklung und das Miteinander mit unseren ausländischen Kollegen und Mitbürgern dargelegt. Unser Bundesärztekammerpräsident Reinhardt wies in seiner Einführungsrede auf offensichtliche Verzögerungen durch das Gesundheitsministerium hin. Der Gesundheitsminister äußerte sich mit gewohnter Rhetorik unter politischen Intensionen – ohne sich festzulegen. Seine einzige Aussage, dass er sich darum kümmern wolle, bezog sich auch auf die GOÄ-Anpassung, die ihm vor zwei Jahren bereits vorgelegt wurde.

Die elektronische Stimmabgabe hat die Plenarsitzungen deutlich verschlankt. Auch Entscheidungen zur Redezeit- und Rednerlistenbegrenzung führten zu einer zügigeren Gestaltung als bei früheren Ärtetagen.

Abschließend noch ein Wort zu den Kosten für unsere Kammern. Die Darlegung der Kosten zeigte eine wirtschaftliche und verantwortliche Aktivität der Institutionen Bundesärztekammer und Landesärztekammern auf. Die zukünftigen Steigerungen unserer Mitgliedsbeiträge sind durch steigende Zinsen, überproportionale tarifliche Gehaltssteigerungen und abnehmenden Mitgliederzahlen eindeutig zu belegen.

Foto: Michael Stadtfeld



**Dr. Günther Matheis**

Nicht als Abgeordneter, sondern qua Amt des rheinland-pfälzischen Landesärztekammerpräsidenten bin ich als BÄK-Vorstandsmitglied beim Ärztetag vertreten gewesen. Ein Höhepunkt gleich zu Beginn des Ärtetages war sicherlich die Eröffnungsveranstaltung. Dabei haben wir unsere freiheitliche, demokratische Grundordnung betont und somit die Richtung des Ärtetages vorgegeben. Das hat sich auch im guten, konstruktiven Klima des Ärtetages wiedergespiegelt und war in den folgenden Plenumstagen deutlich spürbar.

Ein großer Erfolg ist, dass wir eine breite Zustimmung für die Änderung der Muster-Fortbildungsordnung erhalten haben und somit Fortbildungsveranstaltung künftig unabhängiger von Sponsoring dargestellt werden können. Keine Zustimmung gab es leider für die Satzungsänderung, die eine Antragsfrist für den Deutschen Ärztetag vorsah. Wir müssen dringend von redundanten Beiträgen wegkommen, die kontraproduktiv für die Arbeit im Plenum sind. Daher sollte es im kommenden Jahr das Ziel sein, die Geschäftsordnung diesbezüglich insgesamt anzupassen, damit sich der Deutsche Ärztetag noch besser fokussieren kann.

Ich freue mich sehr, dass wir als diesjährige Gastgeber des Ärtetages für unsere Veranstaltungen viele gute Rückmeldungen sowie den Dank des BÄK-Präsidenten Klaus Reinhardt erhalten haben.

Michaela Kabon

# 128. Deutsche Ärztetag: Übersicht zu wichtigen Themen und Beschlüssen

Der diesjährige Ärztetag fällt in herausfordernde Zeiten: Die Abgeordneten haben sich unter anderem der Krankenhausstrukturreform, dem Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz, der Reform des Medizinstudiums sowie weiteren aktuellen Gesetzesinitiativen und gesundheitspolitischen Themen gewidmet. Eine Übersicht zu einigen Themen und Beschlüssen.

## Resolution „Nie wieder ist jetzt“

Vor dem Hintergrund, dass Demokratie und Menschenrechte derzeit weltweit und in Deutschland gefährdet seien, hat sich der 128. Deutsche Ärztetag (DÄT) in einer eigenen Resolution für den Erhalt der freiheitlich demokratischen Grundordnung in Deutschland eingesetzt. Es gelte, diese Werteordnung zu verteidigen. Darin erklärte der Ärztetag unter anderem, dass das Zusammenwirken von Ärztinnen und Ärzten aus verschiedenen Nationen und Kulturen die ärztliche Arbeit bereichere und unerlässlich für die gemeinsame Gewährleistung der Patientenversorgung, für wissenschaftliche Exzellenz und medizinischen Fortschritt sei. Alle Ärztinnen und Ärzte in Deutschland seien aufgerufen, sich dem mit großer Entschiedenheit, Zivilcourage und Solidarität entgegenzustellen.



Neben den 250 Abgeordneten der 17 Landesärztekammern nehmen auch Mitarbeiter der Kammern, Vertreter von Verbänden und ausländische Gäste an den Sitzungen teil.

## Leitantrag: Nachwuchsförderung und gute Arbeitsbedingungen

Der 128. DÄT hat sich dafür ausgesprochen, die Gesundheitspolitik an „Nachwuchsförderung, Qualifizierung und guten Arbeitsbedingungen auszurichten“. Zum Start in das Ärztetagsplenum haben die Abgeordneten einstimmig einen Leitantrag angenommen, der den Fokus auf die Beschäftigten im Gesundheitswesen als Schlüssel „für ein gleichmaßen menschliches wie leistungsstarkes Gesundheitswesen“ legt. Demnach müssten die Nachwuchsförderung, die Fortentwicklung aller Bereiche des Gesundheitswesens und die Ausgestaltung der beruflichen Bedingungen sich gleichermaßen an dem Versorgungsbedarf der Patientinnen und Patienten, wie auch an den Erfordernissen derjenigen ausrichten, die in unserem Gesundheitswesen tätig sind, heißt es im Beschluss. Zeit für Zuwendung, leistungsgerechte Bezahlung, am tatsächlichen Behandlungsbedarf ausgerichtete Strukturen sowie die Förderung des ärztlichen Nachwuchses seien grundlegend für die Sicherung der medizinischen Versorgung in einer Gesellschaft des langen Lebens.

## ÄPS-BÄK

Der 128. DÄT in Mainz hat die Politik in Bund und Ländern aufgefordert, bei der geplanten Krankenhausreform die ärztliche Personalausstattung zu berücksichtigen. Eine verlässliche Antwort auf die Frage, wie viel ärztliches Personal in einer Abteilung benötigt werde, gebe das ärztliche Personalbemessungssystem der Bundesärztekammer (ÄPS-BÄK). Die Vizepräsidentin der Bundesärztekammer Dr. Susanne Johna stellte gemeinsam mit Prof. Dr. Henrik Herrmann (Präsident der Ärztekammer Schleswig-Holstein) den aktuellen Stand vor: In einigen Fächern wie der Urologie, Strahlentherapie und Chirurgie sei das System bereits in einer Pre-Phase. Eine Klinik in Köln sei bereit, das System für das ganze Krankenhaus einzusetzen.

Fotos: Michaela Kabon



Vom 7. bis 10. Mai 2024 tagt der 128. Deutsche Ärztetag in der Mainzer Rheingoldhalle.

Auch in den Redebeiträgen lobten die Abgeordneten das ÄPS-BÄK als gutes Bemessungsinstrument. Bedenken gab es, dass das System auf den ambulanten Bereich übertragen werden könnte. Abschließend votierten die Delegierten mehrheitlich dafür, das Personalbemessungssystem der Bundesärztekammern verbindlich gesetzlich zu verankern.

## Novellierung der Muster-Fortbildungsordnung

Um die ärztliche Fortbildung unabhängiger zu machen, sollen zukünftig strengere Regelungen für das Sponsoring von Fortbildungsveranstaltungen gelten. Dr. Günther Matheis und Dr. Gerald Quitterer (Präsident der Bayerischen Landesärztekammer) gaben als Vorsitzende der Ständigen Konferenz „Ärztliche Fortbildung“ der Bundesärztekammer einen Einblick in die Änderung der Muster-Fortbildungsordnung. Die Regelungen zu den Fortbildungsveranstaltungen müssten dringend angepasst werden: „Die Empfehlungen, die bereits seit Jahren gelten, halten vor Gericht nicht Stand“, sagte Matheis. Eine Arbeitsgruppe hatte dazu Eckpunkte entwickelt. Die überarbeitete Muster-Fortbildungsordnung habe eine klare Strukturierung der Anforderungen und formulierte klare Vorgaben für die Anbieter von Fortbildungen



Gleich zu Beginn der Plenarsitzungen verabschiedeten die Abgeordneten die Mainzer Resolution „Nie wieder ist jetzt!“, in der sich die Ärztinnen und Ärzte klar zu der zentralen Bedeutung von Demokratie, Pluralismus und Menschenrechte für den ärztlichen Beruf positionieren.

auf Satzungsebene. Dabei ist festgelegt, dass der Sponsor keinen Einfluss auf den Inhalt nehmen darf. Leistungen dürfen nur für die Durchführung des wissenschaftlichen Programms genutzt werden. Wie von Matheis empfohlen, wurden die Änderungsanträge zur vorgeschlagenen Muster-Fortbildungsordnung abgelehnt und die Muster-Fortbildungsordnung in ihrer ursprünglichen Vorschlagsfassung beschlossen.

## Ärztliche Weiterbildung

Der 128. DÄT hat die politisch Verantwortlichen aufgefordert, eine vollständige und hinreichende Finanzierung der ärztlichen Weiterbildung sicherzustellen. Hierbei müssten sowohl die ärztliche Tätigkeit der Weiterzubildenden als auch die notwendigen zusätzlichen Kosten auskömmlich finanziert werden. Mit der Aufnahme der ärztlichen Tätigkeit erfolge eine Teilnahme an der Versorgung der Bevölkerung, stellte der Ärztetag klar. Die Vergütung von ärztlichen Weiterzubildenden müsse in allen Versorgungsbereichen mit den Gehältern im stationären Bereich vergleichbar sein. Hierfür sei eine ausreichende Finanzierung zu gewährleisten.

Zu Beginn der Plenartage treffen sich die rheinland-pfälzischen Abgeordneten zu einer Besprechung für den Tag.

### Digitalisierung

Der 128. DÄT sieht dringenden Nachbesserungsbedarf bei der Konzeption der elektronischen Patientenakte (ePA). Die sogenannte „ePA für alle“ soll ab dem 15. Januar 2025 für alle gesetzlich Versicherten von den Krankenkassen automatisch angelegt werden und Patientendaten digital zusammentragen. In dem für den Start vorgesehenen Funktionsumfang sei ein Mehrwert gegenüber den derzeit von den Krankenkassen angebotenen elektronischen Patientenakten nicht ausreichend erkennbar, kritisierten die Abgeordneten. Ihre Forderungen richteten sie an die Nationale Agentur für Digitale Medizin (gematik), die für die Konzeption und Umsetzung der ePA zuständig ist.

Weitere Beschlüsse zur Digitalisierung: Der 128. DÄT forderte die gematik auf, Anwendungen der Telematikinfrastruktur (TI) vor einem bundesweiten Roll-out ausgiebig unter realen Bedingungen zu erproben. Der 128. DÄT forderte zudem das BMG auf, Regelungen zu schaffen, die die umgehende Einführung der TI im öffentlichen Gesundheitswesen sowie die zügigere Umsetzung in den Kliniken forcieren, um den Austausch mit den anderen Gesundheitssektoren zu ermöglichen.

### Homöopathie

Der 128. DÄT hat den Gesetzgeber aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen, damit Homöopathie nicht als Kassenleistung abgerechnet und nicht mehr mit Sonderstatus in der Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ) erwähnt werden kann. Die Homöopathie-Anwendung sei nicht mit den Grundsätzen der evidenzbasierten Medizin vereinbar und könne keine erstattungsfähige ärztliche Leistung sein, heißt es im Beschluss.

Michaela Kabon

Fotos: Michaela Kabon



Wie könnte die ambulante Versorgung durch Hausärzte in Rheinland-Pfalz besser werden? Dazu spricht LÄK-Präsident Dr. Günther Matheis im Interview mit dem SWR.



Täglich motiviert im Plenum: Die Abgeordneten der rheinland-pfälzischen Ärztekammer.



Die unsägliche Haltung des GKV-Spitzenverbandes im GBA kritisiert San.-Rat. Dr. Bernhard Lenhard in der Aussprache.

**129. DÄT IN LEIPZIG**  
Der nächste Deutsche Ärztetag findet vom **27. bis 30. Mai 2025** in Leipzig statt.

# Gesundheitsversorgung der Zukunft – mehr Koordination der Versorgung und bessere Orientierung für Patientinnen und Patienten

Neben aktuellen gesundheitspolitischen Reformen haben sich die Abgeordneten des 128. Deutschen Ärztetages mit dem Schwerpunktthema „Gesundheitsversorgung der Zukunft – mehr Koordination der Versorgung und bessere Orientierung für Patientinnen und Patienten“ befasst.

Egal ob Klinik oder Praxis - alle arbeiten am absoluten Leistungslimit, sagte Bundesärztekammerpräsident Dr. Klaus Reinhardt. Dies sei mit verschiedenen Faktoren begründet, dazu zählen der steigende Versorgungsbedarf, unzureichende Zusammenarbeit der Sektoren und die abnehmende Arbeitskraftzahl. Aber auch der niedrigschwellige Zugang zum Gesundheitssystem, bei dem es dem Patienten obliegt, an wen er sich wendet, spiele dabei eine Rolle. Durch koordinierte Zusammenarbeit könnten Leitplanken für Patienten gestaltet werden, die Autonomie weiter zulassen, aber die Gesundheitsversorgung mehr koordinieren und so die Arbeitslast in den Praxen zu reduzieren, stellte Reinhardt in Aussicht.

## Hausarzt als Gatekeeper der Gesundheitsversorgung

Zum Thema waren drei Referenten eingeladen, darunter Prof. Dr. rer. pol. Wolfgang Greiner (Inhaber des Lehrstuhls für Gesundheitsökonomie und Gesundheitsmanagement an der Universität Bielefeld), der das Thema aus ökonomischer Sicht betrachtete: Zeit sei dabei die knappste Ressource. Um mehr Koordination in das System zu bringen, sieht er den Hausarzt als Gatekeeper für die Gesundheitsversorgung als unverzichtbar an. Demnach solle jede Behandlungsepisode beim Hausarzt/Primärarzt beginnen.

In Baden-Württemberg wurde die hausarztzentrierte Versorgung seit 2020 bereits getestet. Die Evaluation zeige, dass das System für Entlastung Sorge, indem die Hospitalisierungsrate sinke, die Zahl der Krankenhaustage rückläufig sei und weniger Patienten nach einem stationären Aufenthalt wieder eingewiesen werden müssten. In seinem Resümee hielt er fest, dass die bessere Koordination in der Patientenversorgung für die Qualität der Versorgung, aber auch für deren Effizienz essentiell sei. Es fehle aber aktuell an einem Gesamtkonzept.



Deutschland schöpfe seine Potenziale nicht aus, findet Referent Prof. Dr. rer. pol. Wolfgang Greiner, Inhaber des Lehrstuhls für Gesundheitsökonomie und Gesundheitsmanagement an der Universität Bielefeld.

## Für Planungssicherheit sollten keine Strukturen vorab zerstört werden

Einen rhetorisch beeindruckenden Auftritt hatte Prof. Josef Hecken, der unparteiische G-BA-Vorsitzende, bei seiner Rede zum Thema. Die aktuellen Pläne des Bundesgesundheitsministers konzentrierten sich zunehmend auf große Universitätskliniken. Der Blick für eine flächendeckende stationäre Basisversorgung fehle hingegen. Schon jetzt gäbe es zu viele Einrichtungen, die nicht mehr ökonomisch existieren können. Und auch die Transformationskosten seien noch ungeklärt. Um Planungssicherheit zu erreichen, sollte jetzt festgelegt werden, wo es Sicherstellungskrankenhäuser brauche – damit nicht Strukturen zerstört würden, die in ein paar Jahren wiederaufgebaut werden müssten.

In seinem Referat sprach er sich klar für die hausarztzentrierte Versorgung und enge Zusammenarbeit mit Fachärzten aus. Dies werde aber nicht ohne Selbstbeteiligung der Patienten gelingen: für bestimmte Arztkontakte wäre aus seiner Sicht ein Eigenanteil zu zahlen.



„Ärzten droht Burn-out nicht vom Geldzählen“: Mit diesen und weiteren Statements erntet Referent Prof. Josef Hecken (Unparteiischer Vorsitzender des Gemeinsamen Bundesausschusses) viel Applaus.

## Fünf-Punkte-Plan für ein Gesundheitswesen der Zukunft

Dr. Kirsten Kappert-Gonther, Mitglied des Bundestages und amtierende Vorsitzende des Gesundheitsausschusses, hält eine tiefgreifende Veränderung notwendig, um das Gesundheitswesen fit für die Zukunft zu machen. Dafür hatte sie den Abgeordneten einen Fünf-Punkte-Plan mitgebracht, die die Prävention als zentrale Gesundheitsaufgabe aufführt. Weitere Punkte sind die Stärkung der Primärversorgung, die Reform der Notfallversorgung und des Rettungsdienstes, die verbindliche Zusammenarbeit des ambulanten und stationären Bereichs sowie die bessere Zusammenarbeit zwischen Haus- und Fachärzten.

Zu diesem Tagesordnungspunkt hat sich der 128. Deutsche Ärztetag mehrheitlich für das Primärärztsystem ausgesprochen. „Ziel der Gesundheitsversorgung muss es sein, die vorhandenen Ressourcen so effektiv, aufeinander abgestimmt und effizient einzusetzen, dass sie dem tatsächlichen Behandlungsbedarf gerecht werden“, heißt es in einem mit großer Mehrheit gefassten Beschluss.

Patientinnen und Patienten sollten für die primäre Inanspruchnahme ärztlicher Versorgung eine Arztpraxis verbindlich wählen. „Dieser erste Anlaufpunkt übernimmt für alle gesundheitlichen Anliegen die primärärztliche Versorgung sowie die Koordination einer notwendigen Weiterbehandlung bei Fachärztinnen und Fachärzten in allen Gebieten und in weiteren Versorgungsbereichen“, so der Ärztetag. Die primärärztliche Versorgung sollte durch eine Hausärztin/ einen Hausarzt erfolgen. Dabei sollte zum Beispiel in der gynäkologischen und augenärztlichen Versorgung der unmittelbare Zugang zur fachärztlichen Versorgung erhalten bleiben.

Die Kompetenzen der Hausärztinnen und Hausärzte sollten stärker genutzt werden, findet Referentin und amtierende Vorsitzende des Ausschusses für Gesundheit des Deutschen Bundestages Dr. Kirsten Kappert-Gonther (MdB, Grüne)



Fotos: Christian Glawe-Griebel/hellwood.com

Mit Blick auf die Notfallversorgung forderte der Ärztetag die bundesweite Einrichtung gemeinsamer beziehungsweise vernetzter Leitstellen von ärztlichem Bereitschaftsdienst (116 117) und Rettungsdienst (112). Über eine validierte standardisierte medizinische Ersteinschätzung müsse dort eine Zugangssteuerung nach medizinischer Dringlichkeit verbindlich in die adäquate Versorgungsebene erfolgen.

Die Abgeordneten des Ärztetages wiesen zudem darauf hin, dass Patientinnen und Patienten mit komplexem Versorgungsbedarf oder Schwierigkeiten bei der Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen in manchen Fällen einer qualifizierten Begleitung durch das Gesundheitssystem benötigen. Eine solche Begleitung könnten in enger Abstimmung mit der ärztlichen Behandlung zum Beispiel speziell fortgebildete Medizinische Fachangestellte oder Pflegefachkräfte übernehmen.

„Dem Versorgungsbedarf der Zukunft kann das Gesundheitswesen nur gerecht werden, wenn Ärztinnen und Ärzte die Patientenversorgung unabhängig von der sektoralen Zuordnung gemeinsam koordinieren können“, heißt es in dem Beschluss weiter. Gerade an den Übergängen zwischen den Sektoren spielten digitale Lösungen eine Schlüsselrolle. Sie könnten eine sinnvolle und praktikable Organisation an den Schnittstellen ermöglichen und Reibungsverluste bei Kommunikation und Datenaustausch zwischen den Sektoren verhindern. Dies sei auch für eine bürokratiearme und praxistaugliche Gestaltung des Einweisungs- und Entlassmanagements unerlässlich.

Michaela Kabon



In zentraler Lage mitten in Mainz tagen die Abgeordneten des Ärztetages in der Rheingoldhalle.

Foto: Adobe Stock/ClaudiaNass

# Der 128. Deutscher Ärztetag: Mainz als Gastgeber

Fotos: Michaela Kabon



Das freundliche Team der Landesärztekammer umsorgt die Gäste am Messestand mit Herzlichkeit und Köstlichkeiten.

Zum 128. Deutschen Ärztetag hat die Landesärztekammer Rheinland-Pfalz die 250 Abgeordneten der 17 Landesärztekammern, sowie Mitarbeiter und Gäste in der Landeshauptstadt Mainz begrüßt. Vier Tage tagten die Abgeordneten im Kongress-Saal der Rheingoldhalle. Abseits des Plenums vermittelten die rheinland-pfälzischen Gastgeber die typische Mainzer Lebensart. So gab es am Stand der Landesärztekammer Rheinland-Pfalz im Foyer der Messehalle immer gute Gespräche. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter versorgten die Gäste mit Herzlichkeit und Köstlichkeiten.



In den Pausen häufig am LÄK-Stand anzutreffen: LÄK-Vizepräsident San.-Rat Dr. Bernhard Lenhard, stellvertretende Hauptgeschäftsführerin Silvia Kissel und LÄK-Vizepräsident San.-Rat Dr. Michael Fink.



Immer wieder ein Treffpunkt für gute Gespräche: Der Stand der Landesärztekammer.



Zeit für gute Gespräche: LÄK-RLP Hauptgeschäftsführer Dr. Jürgen Hoffart mit der stellvertretenden Hauptgeschäftsführerin Silvia Kissel, der juristische Geschäftsführer der Landesärztekammer Hessen Manuel Maier und der Justiziar der rheinland-pfälzischen Ärztekammer Christian Wächter.



Als Gast beim Präsidentenabend begrüßt Dr. Günther Matheis die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer.

Auch außerhalb der Tagungshalle sorgte die Kammer für ein herzliches Willkommen: Traditionsgemäß richtete die LÄK RLP als gastgebende Kammer den Präsidentenabend am Vorabend des Eröffnungstages aus. Neben den Präsidentinnen und Präsidenten der 17 Landesärztekammern waren auch weitere Ehrengäste aus Politik, Wirtschaft und Gesundheitsversorgung geladen. Mit dabei auch die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer. Der Präsidentenabend bildete gleichzeitig die Premiere für die Veranstaltungsräume des Eltzer Hofes, in denen erstmalig ein solch großes Fest gefeiert wurde.



Dr. Günther Matheis begrüßt die Gäste zum Präsidentenabend.



Die Präsidentinnen und Präsidenten der Landesärztekammern sowie weitere Gäste aus Politik, Wirtschaft und dem Gesundheitswesen sind zum Präsidentenabend in den Eltzer Hof gekommen.



Fotos: Michael Stadtfeld

Foto: Michaela Kabon



Die Landesärztekammer hat zum Orgelbenefizkonzert in die St. Stephans-Kirche in Mainz eingeladen. Dabei konnten die Besucher auch die berühmten Chagall-Fenster betrachten.

Fotos: Michael Stadtfeld



Lichtkünstler Zuchtriegel zaubert mit seiner Licht-Jonglage das ein oder andere bekannte Motiv.



Foto: Michael Stadtfeld

Rund 400 Gäste feiern zum Gesellschaftsabend in der Alten Mensa der Johannes Gutenberg-Universität Mainz.

Zu einem besonderen Mainzer Erlebnis lud die Landesärztekammer am darauffolgenden Abend ein: Zur Besichtigung der Kirche St. Stephan mit Klais Orgel und Chagall-Fenstern. St. Stephan ist weltbekannt für seine von Marc Chagall geschaffenen neun Kirchenfenster, die die biblischen Geschichten erzählen. Marc Chagall hat sie in den Jahren 1976 bis 1982 entworfen. Charles Marq setzte sie in seinem Atelier in Reims um und schuf nach Chagalls Tod die übrigen sogenannten Anschlussfenster von St. Stephan. Allen Fenstern gemeinsam ist der blaue Grundton. Die Kirchenfenster in St. Stephan sind die einzigen Fenster, die Chagall in Deutschland geschaffen hat. Er wollte mit ihnen ein Zeichen setzen:

für die deutsch-französische Freundschaft, besonders aber für die jüdisch-christliche Verbundenheit. Nach einigen Erklärungen zur den blauen Fenstern konnten die Besucher ein Benefiz-Organ-Konzert genießen. Die eingenommenen Spenden gehen zur Hälfte an die St. Stephan Kirche, zum anderen Teil an caritative Organisationen.

Am letzten Abend des Ärztetages lud die Landesärztekammer zum Gesellschaftsabend in die Alte Mensa der Johannes Gutenberg-Universität (JGU) in Mainz ein. Unter dem Motto „Ut omnes unum sint“ (Dass alle eins seien), dem Leitspruch der JGU, feierten die Gäste bis in die Nacht. Dr. Marcel Bieg-

Foto: Michael Stadtfeld



Dr. Marcel Biegler tritt als Hausmeister des Bundestages auf und sorgte mit seiner Fastnachts-Büttenrede für Heiterkeit.

ler, langjähriges Vorstandsmitglied der Landesärztekammer und erfahrener Redner in der Fastnacht, eröffnete mit einem scharfzüngigen politischen Vortrag als „Hausmeister vom Bundestag“ den Abend. Für musikalische Unterhaltung sorgte die Band „Krüger rockt“ rund um den Frontmann und Arzt Harald Krüger. Einen Abendprogramm Punkt für die Sinne zauberte Künstler Günter Zuchtriegel mit einer Lichtshow. Bis zuletzt sorgte DJ Sascha Becker für tanzbare Musik.

Michaela Kabon



Zurück in die Studienzeit: Die Gäste feiern beim Gesellschaftsabend in der Alten Mensa der Johannes Gutenberg-Universität Mainz.



Die Band „Krüger rockt!“ um Frontmann Harald Krüger sorgten für tanzbare Musik.



Fotos: Michael Stadtfeld

## Dialogforum junger Ärztinnen und Ärzte: „Wunsch und Wirklichkeit“ der ärztlichen Weiterbildung



Viele Zuhörer im Publikum nutzen die „Fish-Bowl“-Diskussion, um selbst auf die Bühne zu treten und mitzureden.

Fotos: Michaela Kabon



Die Kuwaiter Notfallmedizinerin Dr. Lujain Alqodmani spricht als Präsidentin des Weltärztebundes (World Medical Association, WMA) ein Grußwort im Dialogforum.

Was wünschen sich junge Ärztinnen und Ärzte für ihre Weiterbildung? Ist eine abgeschlossene Weiterbildung in der Regelzeit mehr Utopie als realistisches Szenario? Und welche Rolle spielen Aspekte wie Teilzeit oder Vereinbarkeit von Familie und Beruf? Darüber haben junge Ärztinnen und Ärzte im Vorfeld des 128. Deutschen Ärztetages 2024 mit Weiterzubildenden und Weiterbildungsbefugten sowie Vertretern der Ärztekammern beim achten Dialogforum diskutiert. Gemeinsam sollte aufgezeigt werden, wie gute ärztliche Weiterbildung auch in Zeiten hoher Arbeitsverdichtung gelingen kann und in welcher Weise die Ärztekammern diesen Prozess, auch vor dem Hintergrund sich stetig verändernder Bedingungen, unterstützen können.

Diskussionsteilnehmer Prof. Dr. med. Ass. jur. Alexander Radbruch, Direktor der Klinik für Neuroradiologie am Universitätsklinikum Bonn, sieht es als beste Werbung für einen Klinikchef an, wenn die Weiterbildung gut ist – nur dann würden die Fachärzte dort später auch arbeiten wollen. San.-Rat Dr. Bernhard Lenhard, Vizepräsident der Landesärztekammer Rheinland-Pfalz und Weiterbildungsbefugter, hob die Vorteile der Weiterbildung im niedergelassenen Bereich hervor: Ohne Nacht- und Wochenenddienste sei dort eine

Weiterbildung häufig in einer Eins-zu-Eins-Betreuung möglich.

Einige Gäste aus dem Publikum kritisierten die ungünstigen Bedingungen für Frauen und Mütter in der Weiterbildung: Nach der Geburt eines Kindes sei es kaum möglich, vorzeitig in die Weiterbildung zurückzukehren, da diese meist nur ab einer 50-Prozent-Stelle angerechnet werde. Es gäbe kaum Kinderbetreuungsmöglichkeiten, die die Arbeitszeiten im Krankenhaus abdecken würden und auch die Arbeitgeber können bei der Schichteinteilung kaum entgegen. Gleichzeitig würden engagierte schwangere Frauen schon früh aus dem OP „verbannt und zum Briefe schreiben verdonnert werden“. Dies stelle eine strukturelle Benachteiligung von Frauen in der Weiterbildung dar.

Diskussionsteilnehmerin Constanze Weber (Weiterzubildende Ärztin) bestätigte, dass sich dies auf die weiteren Karrierechancen der Frauen auswirke: nur 13 Prozent der Führungspositionen an deutschen Krankenhäusern seien aktuell mit Ärztinnen besetzt.

Sarah Woldu (Weiterzubildende Ärztin) forderte von den Kammern, stärker in die Weiterbildung einzugreifen. Bisher sei man bei der Weiterbildung auf das Wohlwollen und die Gewissenhaf-

tigkeit der Weiterbilder angewiesen. Es gäbe aber keine vertraglichen Verpflichtungen, die Weiterbildung in einer gewissen Zeit zu ermöglichen. Hierbei würde sie sich eine Überprüfung des eLogbuchs durch die Kammern wünschen.

In diesem Zusammenhang stellte ein Gast aus dem Publikum den Föderalismus der Ärztekammern in Frage. Die unterschiedlichen Weiterbildungsordnungen der Landesärztekammern würden den Wechsel zwischen den Bundesländern erschweren, zum Nachteil der eigenen Weiterbildung.

Prof. Dr. Henrik Herrmann, Co-Vorsitzender der Ständigen Konferenz „Ärztliche Weiterbildung“ der Bundesärztekammer, stellte in einem Ausblicksvortrag die Vorstellung einer Weiterbildung der Zukunft vor: dabei gäbe es einen Weiterbildungsplan, der die genaue Rotation vorgibt. Der Einstieg solle durch ein mehrwöchiges Onboarding-Programm begleitet werden. Über einen Kurs bei der zuständigen Ärztekammer könnten allgemeine Inhalte vermittelt werden. Zudem sollten die Kernkompetenzen in der Weiterbildungsordnung deutlich reduziert werden. In der Idealvorstellung gäbe es ein wöchentliches Feedbackgespräch mit dem Weiterbilder. Damit der Wunsch Wirklichkeit wird, seien unter anderem die Ärztekammern gefragt, die Zeiten und Inhalte in ihren Weiterbildungsordnungen anzupassen. Seine Empfehlung an die jungen Ärztinnen und Ärzte: Bringen Sie sich in Ihren Ärztekammern ein und gestalten Sie mit.

Michaela Kabon

**KONTAKT**  
Anregungen und Feedback zum Veranstaltungsformat nimmt die Bundesärztekammer unter [dialog@baek.de](mailto:dialog@baek.de) entgegen.

## MB-HV: Krankenhausreform ist Großversuch mit unabsehbaren Folgen

Die geplante Krankenhausreform werde einer Verbesserung der Krankenhausversorgung nicht gerecht, kritisierte die 143. Hauptversammlung des Marburger Bundes in Mainz. Es sei zu befürchten, dass sich der ökonomische Druck durch die unzureichenden Finanzierungsgrundlagen weiter verstärke, der forcierte Abbau an Krankenhaus-Kapazitäten die flächendeckende Versorgung und die fachärztliche Weiterbildung verschlechtere und die fallbezogene Abrechnung auf Grundlage von zukünftig drei Säulen der Vergütung zu noch mehr Bürokratie führe.

„Es ist völlig inakzeptabel, dass ein solcher Großversuch ohne flächendeckendes Versorgungskonzept, ohne vorherige Bedarfsanalyse und ohne Folgenabschätzung auf den Weg gebracht werden soll“, heißt es im Beschluss der Delegierten. Der Marburger Bund sieht die Notwendigkeit einer strukturellen Reform. Die Strukturen der Versorgung müssten stärker auf Kooperation und Vernetzung ausgerichtet werden und die Krankenhausplanung müsse ihrem Ziel einer bedarfsgerechten Sicherstellung der Versorgung entsprechen. Die Finanzierung der Krankenhäuser sei durch ein neues Vergütungssystem sowie nachhaltige Investitionen unter Beteiligung des Bundes grundlegend zu reformieren und sicherzustellen.

Neben der Diskussion zur Krankenhausreform warb die Hauptversammlung des Marburger Bundes für Demokratie, Toleranz und Menschlichkeit. Die Hauptversammlung verurteilte zugleich die Zunahme rechtsextremer Aktivitäten.

### WEITERE BESCHLÜSSE IM ÜBERBLICK

Der Marburger Bund forderte...

- gesetzliche Grundlagen für eine sinnvolle Patientensteuerung. Während der Sprechzeiten sollen sich Patienten an ihren Hausarzt wenden. Ist das nicht möglich, erfolgt die Kontaktaufnahme unter der Rufnummer 116 117 der gemeinsamen Leitstelle. Am zentralen Anlaufpunkt „gemeinsamer Tresen“ im Krankenhaus sollen Patienten nach medizinischer Dringlichkeit eingeschätzt und im weiteren Verlauf der geeigneten Versorgungsebene zugewiesen werden.
- die Bundesregierung und die Bundesländer auf, die notwendigen Ressourcen und Kapazitäten für einen wirkungsvollen Katastrophenschutz festzulegen.
- den Gesetzgeber auf, notwendige Investitionen in die IT-Sicherheit der Krankenhäuser zu gewährleisten.

Michaela Kabon

## KBV-VV: Ärztliche Nähe steht auf dem Spiel

„Eine der größten Errungenschaften des deutschen Gesundheitswesens ist die wohnortnahe niedrigschwellige haus- und fachärztliche sowie psychotherapeutische Versorgung durch mehr als 100.000 Praxen“, sagte der Vorstandsvorsitzender der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) Dr. Andreas Gassen bei der Hauptversammlung in Mainz und erinnerte an die kürzlich initiierte Kampagne „Wir sind für Sie nah“ zur Rettung der Praxen. Seine Sorge sei, dass die ambulanten Strukturen wegbrechen „beziehungsweise weggebrochen werden“.

In seiner Rede führte er aus, dass Teile der Politik einen kompletten Systemwechsel wollten. In diesem Zusammenhang kritisierte der KBV-Chef, dass die Versorgung „Verstärkt“ werde, obwohl es eigentlich eine Ambulantisierung brauche. Die Krankenhäuser würden immer weiter für ambulante Leistungen geöffnet, um das Gesundheitswesen nach skandinavischem oder britischem Vorbild zu zentralisieren. Der stellvertretende KBV-Vorstandsvorsitzende Dr. Stephan

Hofmeister begrüßte die im Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz vorgesehene Stärkung der hausärztlichen Versorgung durch die Entbudgetierung. Zugleich wies er aber darauf hin, dass bei der konkreten Umsetzung noch einige Details zu klären seien. Zudem forderte Hofmeister geschärfte gesetzliche Leitplanken ein, die sicherstellen, „dass die Praxen nicht für das gleiche Geld mehr arbeiten müssen“. Auch KBV-Vorstandsmitglied Dr. Sibylle Steiner betonte, dass entscheidende Wochen und Monate für die Zukunft der Praxen vor uns lägen. Bevor die elektronischen Patientenakte für alle ausgerollt werde, bedürfe es einer zuverlässigen Telematikinfrastruktur. Das TI-Netz sei in diesem Jahr bereits über 630 Stunden lang ausgefallen. Gleiches gelte für Praxisverwaltungssysteme (PVS) als Dreh- und Angelpunkt für die erfolgreiche Einführung der ePA. Praxen dürften nicht zum Sündenbock gemacht werden, wenn ihre PVS-Anbieter die notwendigen Voraussetzungen nicht erfüllten.

Michaela Kabon